

Hallo Leute, es freut mich, dass ich zu euch sprechen kann. Trotz der widrigen Bedingungen und trotz dem Versuch, diese Kundgebung durch unmögliche Auflagen zu erschweren.

(Ansage: auflagen berücksichtigen, bitte Abstand halten...)

Worum geht es heute?

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Das ist der Tag, an dem die Arbeiterbewegung traditionell ihre Forderungen lautstark auf die Straße trägt. Dieses Jahr soll der Protest aber von der Straße ins Wohnzimmer verlegt werden. Der DGB ruft dazu auf, im Internet zu demonstrieren. Angesichts der Gefährdung durch die Corona-Pandemie haben wir Verständnis dafür, aber trotzdem sagen wir, das reicht uns nicht! Denn dieser erste Mai ist nicht wie jeder erste Mai. Neben der Pandemie kommt eine Wirtschaftskrise auf uns zu, die schon jetzt als die schlimmste Krise seit der großen Depression, also seit bald 100 Jahren, angekündigt wird. Aber was heißt das – was heißt es, wenn eine Krise droht?

Der Hintergrund einer Krise im Kapitalismus ist immer der gleiche: Waren können nicht mehr verkauft werden – Für Unternehmer lohnt es sich nicht mehr zu produzieren - Kapital wird nicht mehr angelegt, sondern zurückgehalten – einige Unternehmen machen Verluste oder gehen sogar pleite - Arbeiter werden massenhaft auf die Straße gesetzt.

Was daraus folgt ist Tariffucht der Unternehmen, Notlagenregelungen, die bestehendes Recht aushöhlen, Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit für viele Beschäftigte. Die Unternehmer werden alles daran setzen, ihre Verluste auf die Gesellschaft abzuwälzen – das und nicht weniger heißt Krise!

Um es also in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass sich die Widersprüche in unserer Gesellschaft drastisch verschärfen. Es wird weniger zu verteilen geben und schließlich gilt: je weniger man hat, umso mehr ist man den Bedrohungen der Krise ausgeliefert.

Das ist für uns Grund genug, diesen ersten Mai zu nutzen, um unsere Forderungen offensiv zur Geltung zu bringen, um ein Bewusstsein für unsere Lage zu schaffen. Natürlich nehmen wir das Gesundheitsrisiko, das Corona für uns darstellt, ernst. Aber es kommt jetzt darauf an, ob wir uns organisieren, ob wir uns wehren, ob wir uns nicht in die Pfanne hauen oder spalten lassen, wenn es gilt, unsere Rechte zu verteidigen!

Wir sind hier, denn wir lassen uns den Tag der Arbeit nicht nehmen – wir stellen klar, wir zahlen nicht für eure Krise!

Aber wir sollten nicht nur über die Krise reden.

Wir sollten auch über die prekären Arbeitsbedingungen sprechen, über die zu niedrigen Renten, das Arbeiten ohne Schutzmaßnahmen, über die verfehlte Bildungspolitik usw. usf. Denn das ist unser Alltag und wir werden sehen, dass die Krise vor allem eine Verschärfung, eine Zuspitzung dieser eigentlich ohnehin schon schlechten Ausgangslage bedeutet. Geradezu exemplarisch können wir davon aus unserem Verein berichten:

Einige unserer Mitglieder sind sogenannte Solo-Selbständige in der Erwachsenenbildung und obwohl Lehrer gemeinhin als gut bezahlt gelten, stimmt das hier leider gar nicht. In der Erwachsenen- und Weiterbildung werden inzwischen 70% als Honorarlehrkräfte beschäftigt. Das bedeutet: Es gibt keine Absicherung im Krankheitsfall und keine bezahlten Urlaubstage. Die Sozialversicherungsbeiträge müssen selbst bezahlt werden und betriebliche Mitbestimmung existiert de facto nicht. Grund für diese Prekarität ist eine chronische Unterfinanzierung, aber auch die zunehmende Privatisierung des Bildungswesens. Obwohl

die Arbeit eine große Bedeutung für die Gesellschaft hat, wird sie nicht wertgeschätzt – bei den öffentlichen Trägern wird an den Gehältern gespart und bei privaten Sprachschulen wird sogar Profit mit der Bildung gemacht.

Als im Zuge der Corona-Maßnahmen die Schulen geschlossen wurden, bedeutete das für die wenigen Festangestellten Kurzarbeitergeld in Höhe von 60% des ohnehin schon zu geringen Gehalts. Für die Honorarlehrkräfte bedeutete es den kompletten Einkommensausfall. Die Überführung von Angestellten zu Selbständigen, ist ein Werkzeug, mit dem die Unternehmen Löhne drücken können und gleichzeitig jede Verantwortung von sich weisen. Wenn wir uns dieser Prekarität nicht völlig ausliefern wollen, müssen wir diese Beschäftigungsverhältnisse überwinden. Wir müssen verhindern, dass die Belegschaften auf diese Weise gespalten werden!

doch auch bei geregelten Arbeitsverhältnissen bedeuten die Krisenmaßnahmen Einschnitte. Die Krise verschärft den Zustand, der vorher schon existiert hat. Wo das Kurzarbeitergeld bei Gutverdienern noch ausreicht, wird es bei Beschäftigten mit kleineren Einkommen eng. Vor allem die großen Unternehmen werden dabei von der Politik aus der Verantwortung genommen. So lange das Geschäft läuft, fahren sie die fetten Gewinne ein. Sobald die Konjunktur schwächelt, greifen sie Steuergelder ab und ziehen sich aus der Verantwortung. Mit den neuen Regelungen zum Kurzarbeitergeld wurde das nur noch einmal unterstrichen: Anstatt die Unternehmen zu Aufzahlungen zu verpflichten, wurden ihnen sogar die Sozialabgaben erlassen, was ein noch größerer Griff in die Steuerkasse bedeutet. Gleichzeitig zeigt sich, wie die Absurdität auf die Spitze getrieben wird: Während die einen schlecht bezahlt nach Hause geschickt werden, müssen die anderen Überstunden schieben – Ob im Supermarkt oder im Krankenhaus, die Beschäftigten müssen eingespartes Personal kompensieren. Oft ohne Schutzkleidung, bezahlen sie obendrein mit ihrer Gesundheit. Dem zum Trotz, ist es gut zu sehen, wie sich die Beschäftigten im Gesundheitswesen vielerorts zusammenschließen und ihre Stimme erheben. Die Gesundheitsarbeiter in unserem Verein unternehmen dazu auch erste Schritte. Es liegt nun an uns allen, sie dabei zu unterstützen, UND uns ein Beispiel daran zu nehmen!

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist aber nicht alles. Vielen Beschäftigten droht aktuell der Verlust ihres Arbeitsplatzes – ein Fünftel der deutschen Unternehmen hat angekündigt Stellen abzubauen.

Damit kommen wir zu den Erwerbslosen – die, die es schon sind und die, die es bald werden: Wer von den ohnehin schon zu niedrigen Regelsätzen seinen Unterhalt bestreiten muss, den trifft die Corona-Krise besonders hart. In unserem Verein wird davon berichtet, wie die günstigen Produkte im Supermarkt als erstes ausverkauft sind. Dazu kommt, dass Schulessen wegfallen und die Stromkosten steigen, weil man plötzlich viel mehr zuhause ist. Wenn zusätzlich Medikamente knapp werden und die Kasse den Ersatz nicht zahlt, wird es richtig gefährlich. Es ist das gleiche Bild: Während für die Unternehmen Milliarden zur Verfügung gestellt werden, wird ein kleiner Mehrbedarf eines Hartz-IV-Empfängers vom Sozialgericht abgelehnt.

Zwar hat die Regierung angekündigt, dass jetzt alles unbürokratischer ablaufen soll, aber gucken wir uns das Sozialpaket mal genauer an: Es berücksichtigt nur diejenigen, die jetzt arbeitslos werden, und ist auch für sie zeitlich begrenzt. Das Grundproblem, dass Hartz 4 nicht zum Leben reicht, ist damit nicht aus der Welt. Stattdessen beobachten wir, dass uns eine Unterscheidung zwischen den bisher „selbstverschuldeten“ Hartz 4 Empfängern und den neuen, die „nichts dafür können“, eingeredet wird. Hier lauert die nächste Spaltung, vor der wir uns hüten müssen. Wir müssen dagegenhalten: Verantwortlich sind die, die Profitieren, wenn sie wenige Überstunden machen lassen, anstatt viele Menschen mit guten Löhnen anzustellen! Es ist eine Gefahr, die überall lauert: Den Druck, den wir von Oben bekommen, schließlich gegen

uns selbst zu richten. Ob in der Frage der Arbeitslosigkeit oder in der Frage der Migration und Flucht. Kämpfen wir miteinander! Wir dürfen uns nicht spalten lassen!

Wie man die Bevölkerung spaltet und Zusammenhänge verschleiert, zeigt ein weiteres Beispiel, das mir besonders wichtig ist, anzusprechen. In keiner Bevölkerungsgruppe steigt die Zahl der von Armut Betroffenen so stark wie bei den Rentnerinnen und Rentnern. Die Gründe dafür sind nichts anderes als zu niedrige Löhne, Teilzeitbeschäftigung und Lücken in den Beschäftigungsbiografien. Um auf die sogenannte Standardrente zu kommen, müsste man 45 Jahre durchgehend gearbeitet, in die Rentenkasse eingezahlt und stets das Durchschnittseinkommen bekommen haben. Seit der Verabschiedung der Agenda 2010 vor 17 Jahren arbeitet aber fast jeder vierte im Niedriglohnsektor und ist somit unter dem durchschnittlichen Einkommen. Viele sind zusätzlich auf staatliche Hilfen angewiesen. Selbst mit gesetzlichem Mindestlohn, müsste man rund 60 Jahre arbeiten, um eine Rente auf Niveau der Grundsicherung zu bekommen. De facto kommen die wenigsten Menschen auf die 45 Beitragsjahre: Beispielsweise arbeiten Frauen im Westen durchschnittlich 28,06 Jahre. Das sind die Bedingungen, die zu Altersarmut führen und die dazu führen, dass Rentner auf Nebenjobs angewiesen sind, dass sie Pfandflaschen sammeln müssen. Auch die sogenannte Grundrente, ändert daran nichts. Um sie zu erhalten, müsste man 35 Jahre in die Rentenkasse einzahlen, was nicht viele schaffen. Und schließlich soll sie lediglich 10% über der Sozialhilfe im Alter liegen, also bei ca. 880€. Das ist keine Sozialpolitik, das ist Augenwischerei! Altersarmut bleibt damit vorprogrammiert!

Wir sehen, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Das alles waren nur Schlaglichter auf eine Situation, die sich auch deshalb so darstellt, weil viele vereinzelt sind. Das ist das Ergebnis, wenn es uns nicht gelingt, uns zu organisieren und zu wehren. In unserem Verein kommen Lehrer, Studenten, Selbstständige, Ärzte, Krankenpfleger, Schüler, Erwerbslose und viele andere zusammen. Wertvoll ist daran, dass wir dadurch aus vielen verschiedenen Perspektiven auf die Dinge blicken. Eine Herausforderung bleibt es aber, unsere unterschiedlichen Kämpfe zusammen zu führen. Als Nachbarschaftsvereine haben wir viel darüber diskutiert. Wir haben Forderungen aufgestellt, die wir heute auf die Straße tragen. Doch uns ist klar - damit stehen wir erst am Anfang.

Wir stellen fest, wie wichtig es ist, gut über die gesellschaftliche Lage und über die eigene Situation Bescheid zu wissen. Wir stellen fest, wie wichtig es ist, unabhängige Debatten führen zu können, um nicht hinters Licht geführt zu werden. Wir glauben, das ist die alles entscheidende Voraussetzung, um entschieden und stark handeln zu können. Wir wollen aktiv und solidarisch voranschreiten – wir laden euch ein, mit uns gemeinsam zu diskutieren, Antworten zu finden, wie wir uns wappnen können, Formen zu finden, wie wir unsere Anliegen verbreiten können!

Wir denken, dass die Gewerkschaften eine wichtige Rolle in diesen Auseinandersetzungen spielen – umso wichtiger ist es, dass sie deshalb nicht vor den Unternehmen einknicken und passiv alle Verschlechterungen akzeptieren. Wir beobachten schon jetzt eine Zurückhaltung in Tarifaueinandersetzungen, aber das ist genau der falsche Weg! Für uns heißt das nicht, dass wir uns von den Gewerkschaften abwenden. Im Gegenteil – wir fordern alle dazu auf, sich dort zu organisieren! Tretet ein in die Gewerkschaften und helft mit, sie stark zu machen!

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit, schön, dass ihr hier seid, lasst uns gemeinsam Aufbrechen!